

Europäische Politische Kultur und Europäische Parteien: Probleme und Chancen

Peter Nitschke

International Conference about „Europeanisation of National Parties“
at the University of West Bohemia in Pilsen, organised by the Department for Political
Science and International Relations, Faculty of Human Studies, 17.-18. Juni 2004
Pilsen 17. Juni 2004

I. Eine europäische Kultur?

Stellt man die Frage nach der Gemeinschaftsfähigkeit Europas im Sinne einer gemeinsamen Kultureinheit, so fangen die Schwierigkeiten jedoch sogleich mit der Begriffsbestimmung an. Tatsächlich ist es leichter „den Mond zu besuchen, als die Kulturgemeinschaft Europas unter einen politischen Hut zu bringen“ (Bergedorfer Gespräche 1983, S.7). Gibt es überhaupt eine gemeinsame europäische Kultur für die nunmehr 25 Nationalstaaten, die Mitglied in der Europäischen Union sind? – Die Frage so zu stellen, verweist schon darauf, dass die Antwort eigentlich verneint werden muss. Ausser dem geographischen Anspruch, dass mit dem Begriff *Europa* ein entsprechender Kontinent formuliert werden kann, bleibt an Gemeinsamkeiten nicht viel übrig. Selbst die geographische Zuordnung ist umstritten. Gehört z.B. die Türkei zu Europa – oder gar Russland? Selbst wenn man sie geographisch unter dem Europa-Begriff fassen würde, bedeutet das dann automatisch, dass diese Länder auch zur politischen Kultur der EU gehören?

Wenn die Deutung von dem, was eine *europäische Kultur* ist, so stark davon abhängt, was hier an besonderen Images und Selbstinterpretationen von Staat und Gesellschaft im Rahmen einer Nation vorherrscht, dann erweist sich der Ansatz zu einer zunächst allgemein formulierten Kulturdefinition als notwendig. Kultur kann dabei keineswegs als bloße Abbildung von Produktionsformen begriffen werden, so schön man diese damit auch veranschaulichen mag. Kultur ist hier vielmehr zu begreifen als „Agent geschichtlicher Veränderung und Schöpfung“ (Noller).

Kultur ist die Summe der Ausdrucksmöglichkeiten einer Gesellschaft. D.h., die Art und Weise, in der eine je spezifisch verfaßte Gesellschaft sich artikuliert, ist das Kennzeichen von Kultur. Nun gibt es aber genau dafür kein spezifisch europäisches Bewußtsein, weil die so genannte europäische Gesellschaft in Wahrheit ein Bündel von nationalen Gesellschaften mit einer entsprechenden Kulturvielfalt ist. Insofern ist das, was wir als europäische Kultur bezeichnen, im wesentlichen eine Frage nach dem Standort des Betrachters. So nationalisiert die europäischen politischen Systeme bis heute hin auftreten, so ist doch unverkennbar, dass sie im Rahmen der Europäischen Integration in den letzten 20-30 Jahren ein gutes Stück zur Europäisierung voran gekommen sind. Sichtbar ist dies am deutlichsten in den beiden Herzstücken der Integration: Der Tätigkeit der Europäischen Kommission und dem Europäischen Parlament.

Gerade in der Frage der politischen Repräsentation ist es das Europäische Parlament, was seit seiner Inauguration im Jahre 1979 die sichtbarsten Fortschritte zu einer Europäisierung der politischen Kultur beigetragen hat. Auch wenn dies leider bis dato außer einigen Fachleuten der breiteren Öffentlichkeit (nicht nur in Deutschland) entgangen sein mag. Damit kommen wir zum Kern der Fragestellung und des Problems: Wie effizient sind die nationalen Parteien im europäischen Kontext, wenn es um *europäische* – und eben nicht um nationale Themen geht?

II. Nationale Parteien und europäischer Anspruch

Nach Artikel 191 EG-Vertrag sollen die politischen Parteien auf europäischer Ebene zur „Integration in der Union“ beitragen. Sie sollen das Bewußtsein für Europa stärken „und den politischen Willen der Bürger der Union zum Ausdruck“ bringen. Die Frage ist, wie passen nationale Kultur, aus der jeweils eine Partei ins Europäische Parlament kommt und ihr Anspruch auf europäische Repräsentation zusammen? – Das eine solche Synthese nicht so ohne weiteres möglich ist, zeigt der Blick ins Europäische Parlament. Es gibt dort eine ganze Reihe von Parteien, die sich aufgrund ihrer jeweils nationalen Besonderheit gar nicht als Fraktion zusammen bringen lassen. Denn zu einer Fraktion kann nur diejenige Partei hinzu kommen, die bei den letzten Europa-Wahlen in mindestens einem Drittel aller Mitgliedsstaaten entweder 5 Prozent der Wählerstimmen erzielt hat oder aber gewählte Abgeordnete auf europäischer, nationaler und regionaler Ebene nachweisen kann. Das ist z.B. für die deutsche *Christlich-Soziale Partei* in Belgien, die immerhin 1999 ein Mandat bekam

oder *Dikki*, die Sozialbewegung in Griechenland (mit 2 Mandaten), oder etwa *Plaid Cymru*, der walisischen Regionalpartei (2 Mandate), nur erschwert möglich. Gerade Regionalparteien wie die *Democratic Unionist Party* (Northern Ireland) mit Ian Paisley oder der *Vlaams Blok* in Belgien fallen dann aus dem Europakonzept heraus und erreichen nicht die Einbindung in eine Fraktion im Europäischen Parlament. Oder aber die Fraktionszuordnung ist auf den ersten Blick schwer nachvollziehbar: Warum sind z.B. die *Dikki*-Abgeordneten in der *Konföderalen Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken* oder Mrs Jilian Evans von *Plaid Cymru* in der *Fraktion der Grünen*? – Eine europäische Logik gibt der Ideologienmix, den wir im Europäischen Parlament antreffen, jedenfalls nicht. Ein weiteres Problem ist die Qualität des demokratischen Selbstverständnisses. Formal gesehen sind alle Mitgliedsstaaten demokratische Systeme, in denen die in Artikel 6 EU-Vertrag festgelegten Prinzipien der Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie respektiert und praktiziert werden. Aber was heißt das konkret in der Praxis?

Die 25 Mitgliedsstaaten sind recht unterschiedlich strukturiert: Grob skizziert lassen sie sich in vier Gruppen einteilen:

- a) die föderalen Staaten (Deutschland, Belgien, Österreich)
- b) die regionalisierten Staaten (Spanien, Italien, Großbritannien)
- c) die dezentralen Staaten (Frankreich, Polen, Ungarn)
- d) die unitarischen Staaten (Griechenland, Dänemark, Niederlande, Schweden).

So unterschiedlich die Staaten sich intern strukturieren, so unterschiedlich gewinnen die einzelnen nationalen Parteien ihre Mitglieder bzw. formulieren sie die parteipolitischen Ziele. Demokratie und Rechtsstaat gelten hinsichtlich des Mehrheitsprinzips und der Einhaltung der Gesetze. Wie die Umsetzung dann im Einzelnen ist, erscheint im Hinblick auf einen geeinten europäischen Rechtsraum dann durchaus heterogen. Die Länder, die in den letzten Jahren die europäischen Richtlinien meist nicht exakt oder überhaupt nicht umgesetzt haben, sind bezeichnenderweise Italien und Deutschland. Die nationale Politik spielt insofern nach wie vor eine grosse Rolle bei der Ausgestaltung europäischer Gesamtinteressen. So sehr man die Rechte des Europäischen Parlaments mit den Haushalts-, Kontroll- und Beratungsrechten etc. gesteigert hat, so ist dennoch dieses Parlament noch deutlich davon entfernt, ein wirkliches Parlament für die Europäische Union darstellen zu können. Jedes nationale Parlament hat bis dato noch mehr Kompetenzen als das europäische Forum. Das wirkt sich bis dato (leider) auch auf die Parteien und ihre personelle Angebote für die europäische Politik aus. Meist sind es Personen aus der zweiten oder dritten Reihe der nationalen Parteistruktur, die hier zum Einsatz kommen. Dies gilt zwar nicht für die kleinen Parteien, aber für die grossen allemal.

CDU und SPD in Deutschland schicken nicht die erste Garnitur nach Brüssel und Straßbourg. Das heißt nicht, dass sich die Parlamentarier auf der europäischen Ebene schlecht darstellen würden. Das Engagement für Europa ist oft von mehr Motivation und Enthusiasmus geprägt als dies in der Regel in den nationalen Parlamenten anzutreffen ist. Doch sind die Einflußmöglichkeiten sehr viel mehr begrenzt. Als eine von 732 Abgeordneten aus 25 Staaten hat die Stimme eines europäischen Parlamentariers nicht viel Gewicht. Die Perspektive in den Medien wird dominiert von der nationalen Politik. Dem fügt sich die Stimme aus Brüssel oft nur als eine Anekdote mit der scheinbar eleganten Referenz zur europäischen Dimension an. So trägt zur Europäisierung weniger das Parteienspektrum aus den nationalen Politikarenen bei, sondern im spezifischen Sinne erst deren (neues) Verhalten auf der europäischen Bühne.

III. Europäische Politik

Auf der europäischen Ebene müssen sich die Parteien vernetzen, müssen die Parlamentarier sich von ihrem jeweils nationalen Koordinaten-System lösen, um in grössere Interessensgemeinschaften eintreten zu können. Das geschieht am Leichtesten über die Frage der ideologischen Zustimmung. Folglich sind Konservatismus, Liberalismus und Sozialismus die stärksten Faktoren für parteiübergreifende Verbindungen und eine ihr entsprechende europäische Dimension der Politik. Doch ist *Konservatismus* nicht gleich Konservatismus und was sich alles *christlich* nennt, ist deswegen nicht notwendigerweise vom gleichen Religionsverständnis geprägt. Zumindest in den beiden grossen Fraktionen des Europäischen Parlaments funktioniert die Zusammengehörigkeit noch mehr oder weniger nach der ideologischen Übereinstimmung: Sowohl die EVP-ED-Fraktion als auch die PES-Fraktion verstehen sich als Abgrenzung zur jeweils anderen Ideologie. Doch je mehr die Integration voran schreitet und das Parlament an Rechten gewinnt, um so mehr verliert die ideologische Konstellation an Bedeutung. Ohnehin bleibt die ideologische Ausrichtung in den Parteien über eine Legislaturperiode hinweg meist nicht konstant (vgl. Kreppel 2002, S.238f.). Manche Parlamentarier wechseln durchaus ihre politischen Grundansichten. Vielleicht wandeln sich aber auch nur die Zuordnungsmuster? – Was früher das Links-Rechts-Schema auch in den nationalen Politiken war, bekommt in der Postmoderne eine versteckte ethnizistische - und hier und da auch religiöse - Aufladung.

Die EU-Abgeordneten bekommen nur dann eine politische Bedeutung, wenn sie ihrer Funktion auch mehr Gewicht geben. Die Namenlosigkeit und Anonymität, die bisher

vorherrschte, sollte im neuen Parlament mit eigenwilligem Agenda-Setting vermieden werden. Hierzu ist Streit immer noch das beste Medium. Nur durch energischen Disput in der Sache können die Parlamentarier – und mit ihnen auch die Parteien – im Bewußtsein der nationalen Öffentlichkeiten verankert werden (vgl. auch Kamann 2004, S.8 sowie Pinzler/Fritz-Vannahme 2004, S.4). Streit gehört zum demokratischen Prinzip. Die Diskursfähigkeit des Öffentlichen kann nur mittels konträrer Positionen überhaupt ein Profil gewinnen. Daran aber genau mangelt es den Parteien im Europäischen Parlament: Ihr Profilbewußtsein ist nur nationalisiert, noch keineswegs *europäisch*. Immerhin könnte man aber im heftig umstrittenen Diskurs der nationalen Ansichten die Schwierigkeiten mit Europa sehr viel deutlicher artikulieren. Dann würden die Menschen in Europa auch besser zuhören. Und dann würden die nationalen Parteien notwendigerweise um europäische Gemeinsamkeiten stärker ringen.

IV. Europäisierung der Politischen Parteien?

Einer wirklichen Europäisierung der politischen Parteien stehen bisher die nationalen Interessenlagen viel zu deutlich entgegen. Selbst die Einbindung in Fraktionen auf europäischer Ebene bringt da nicht viel, zumal es letztlich nicht so entscheidend ist, ob der einzelne Abgeordnete dieser oder jener Fraktion zugehört oder nicht. Sicherlich, in der Summe können die drei grossen Fraktionen der EVP-ED, der SPE und der LIBE, wenn sie zusammen arbeiten, alles im Europäischen Parlament entscheiden, aber eine wirkliche Europäisierung ist dies auch noch nicht. Die Probleme Europas werden mitnichten im Parlament gelöst, sondern, wenn überhaupt, im Ministerrat bzw. auf dem Gipfel der Staats- und Regierungschefs. Decision-making ist nach wie vor eine Sache der gouvernementalen Kompetenz. Was einer Europäisierung der Parteien entgegensteht, das ist ihre jeweils nationale Verortung der Interessenlage. So lange die Legitimation der Parteien aus der konkreten Situation der Nation heraus erfolgt, ist die Delegation nach Brüssel und Straßbourg nur rhetorisches Beiwerk. Es gibt weder ein europäisches Agenda-setting, noch eine Form von european public opinion, auf die sich die Parteien beziehen könnten. Selbst in der jeweiligen nationalen Sphere treten die public interests oft recht fragmentiert auf, wie nicht nur das belgische Beispiel anschaulich zeigt.

Um zu einer substantiellen Form von Europeanization der Parteien zu kommen, müßte es so etwas wie eine Reform der Parteien geben, bei der eine Partei jeweils in möglichst vielen

Mitgliedstaaten unter der je gleichen Programmatik zur Wahl antritt. For example a *christian democratic party* (= CDP) who is representing their interests from Scotland to Greece always in the same way and with the same attitude. That means, each candidate who ist representing this account, would have to offer the same programmtic topics, egal, ob er in Polen oder in Deutschland für die Partei antritt. Sinnvoll wäre es zudem dann auch, dass man die Kandidaten europaweit wählen könnte und eben nicht auf einzelne nationale Wahlbezirke hin festgelegt wäre. Dadurch würde eine wirkliche Europäisierung der Parteien erreicht. Es ist klar bei einem solchen Szenario, dass die nationalen Parteien hierzu kaum bereit sind. Sie würden die Kontrollfunktion über »ihre« Delegierten verlieren. Und so steht das Europäische Parlament auch nach der Wahl vom 13. Juni 2004 immer noch erst am Anfang seiner Europäisierung.

Literatur:

- Bergedorfer Gesprächskreis (Hrsg. / 1983): Die politisch-kulturelle Herausforderung Europas – ein Weg zur Erneuerung der Industriegesellschaft? Protokoll Nr.73. Hamburg.
- Blondel, Jean / Sinnott, Richard / Svensson, Palle (1998): People and Parliament in the European Union. Participation, Democracy, and Legitimacy. Oxford.
- Europäisches Parlament (2004): www.epp-ed.org/links/de
- Jansen, Thomas (2002): Europäische Parteien. In: Europa-Handbuch. Hrsg. v. W. Weidenfeld. Bonn, S.393-408.
- Kamann, Matthias (2004): Europäische Harmoniesucht. In: Die Welt (11. Juni) S.8.
- Kreppel, Amie (2002): The European Parliament and Supranational Party System. A Study in Institutional Development. Cambridge.
- Nitschke, Peter (2003): L'identité subnationale dans le processus de l'intégration. Quelques observations théoriques sur la régionalisation de l'Union européenne. In: Le fait regional et la construction européenne. Sous la direction de M.-T. Bitsch. (Organisation internationale et relations internationales, 57) Bruxelles, S.253-262.

Noller, Peter (1999): Globalisierung, Stadträume und Lebensstile. Kulturelle und lokale Repräsentationen des globalen Raums. Opladen.

Pinzler, Petra / Fritz-Vannahme, Joachim (2004): Brüssels wilde Gesellen. In: Die Zeit (17. Juni) S.4.